



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. Juli 2012, Nr. 13

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Organisation der Verwaltungsabteilungen bei den Oberlandesgerichten, dem Landessozialgericht, den Landesarbeitsgerichten und den Generalstaatsanwaltschaften..... 138

Bekanntmachungen

Übersicht über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Jahr 2011..... 144

Bekanntmachung der Hauptschwerbehindertenvertretungen..... 159

Personalnachrichten..... 160

Ausschreibungen..... 163

Allgemeine Verfügungen

Nr. 13. Organisation der Verwaltungsabteilungen bei den Oberlandesgerichten, dem Landessozialgericht, den Landesarbeitsgerichten und den Generalstaatsanwaltschaften

AV d. JM vom 13. Juni 2012 (1210 - I. 7)
- JMBl. NRW S. 138 -

1 Allgemeines

1.1

¹Die bei den Oberlandesgerichten, dem Landessozialgericht, den Landesarbeitsgerichten und den Generalstaatsanwaltschaften anfallenden Verwaltungsgeschäfte werden in den jeweiligen Verwaltungsabteilungen bearbeitet, die sich bei den Gerichten in Dezernate gliedern.

²Für die Bearbeitung der bei dem dem Oberlandesgericht angegliederten Justizprüfungsamt anfallenden Justizverwaltungsgeschäfte gelten die Bestimmungen des Abschnitts 3.2.

1.2

¹Die Verwaltungsabteilung untersteht der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Landessozialgerichts, des Landesarbeitsgerichts und der Generalstaatsanwältin bzw. dem Generalstaatsanwalt (Gerichts- bzw. Behördenleitung) unmittelbar; bestimmte Verwaltungsaufgaben können der ständigen Vertreterin bzw. dem ständigen Vertreter übertragen werden.

²In der Dienstaufsicht über das in der Verwaltungsabteilung und im Justizprüfungsamt tätige Personal - mit Ausnahme der Richterinnen und Richter sowie der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes - wird die Gerichts- bzw. Behördenleitung durch die Geschäftsleiterin bzw. den Geschäftsleiter unterstützt.

2 Dezernate

2.1 Besetzung

2.1.1

¹Die Präsidentin bzw. der Präsident des Oberlandesgerichts, des Landessozialgerichts und des Landesarbeitsgerichts bestimmt die Leiterinnen bzw. Leiter der Dezernate und Sachgebiete sowie die Generalstaatsanwältin bzw. der Generalstaatsanwalt die Dezerntinnen und Dezernten bzw. Leiterinnen und Leiter der Sachgebiete, soweit sie bzw. er die Bearbeitung der Verwaltungsgeschäfte nicht sich selbst oder ihrer bzw. seiner ständigen Vertretung vorbehält.

²Soweit die Präsidentin bzw. der Präsident die Bearbeitung nachfolgender Verwaltungsgeschäfte nicht sich selbst oder ihrer bzw. seiner ständigen Vertretung vorbehält, ist

a) die Leitung der für Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten zuständigen Dezernate Richterinnen bzw. Richtern zu übertragen,

b) die Leitung der für Personalangelegenheiten der Beamtinnen und Beamten bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten zuständigen Dezernate Richterinnen bzw. Richtern oder Beamtinnen bzw. Beamten des höheren Dienstes zu übertragen,

c) die Leitung der für Personalangelegenheiten der Tarifbeschäftigten zuständigen Dezernate bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten Richterinnen bzw. Richtern, Beamtinnen bzw. Beamten des höheren Dienstes oder Tarifbeschäftigten des - vergleichbar - höheren Dienstes zu übertragen,

d) die Leitung der für Haushalts-, Bau- und Grundstücksangelegenheiten zuständigen Dezernate bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten in der Regel Richterinnen bzw. Richtern zu übertragen,

e) die Leitung der für die Bearbeitung der Disziplinarangelegenheiten zuständigen Dezernate bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten Richterinnen bzw. Richtern zu übertragen.

f) die Leitung weiterer Dezernate bei den Oberlandesgerichten, beim Landessozialgericht und bei den Landesarbeitsgerichten Richterinnen bzw. Richtern, Beamtinnen bzw. Beamten des höheren Dienstes oder Tarifbeschäftigten des - vergleichbar - höheren Dienstes zu übertragen.

³Die Leitung des Dezernats Oberjustizkasse bei dem Oberlandesgericht Hamm obliegt einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes.

⁴Soweit die Generalstaatsanwältin bzw. der Generalstaatsanwalt die Bearbeitung nachfolgender Verwaltungsgeschäfte nicht sich selbst oder ihrer bzw. seiner ständigen Vertretung vorbehält, ist

a) die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten,

b) die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der übrigen Beamtinnen und Beamten Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten oder anderen Beamtinnen bzw. Beamten des höheren Dienstes,

c) die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Tarifbeschäftigten Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten, anderen Beamtinnen bzw. Beamten des höheren Dienstes oder Tarifbeschäftigten des - vergleichbar - höheren Dienstes,

d) die Bearbeitung der Haushalts-, Bau- und Grundstücksangelegenheiten in der Regel Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten,

e) die Bearbeitung der Disziplinarangelegenheiten Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten als Dezernentinnen bzw. Dezernenten zu übertragen.

2.1.2

Für die Bestellung und Abberufung der Pressedezernentin bzw. des Pressedezernenten sind die insoweit ergangenen besonderen Bestimmungen (AV über die Richtlinien für die Zusammenarbeit mit den Medien vom 12. November 2007 (1271 - II. 2 / JMBl. NRW S. 2) in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

2.1.3

¹Die Dezernentinnen und Dezernenten sind für die ordnungsgemäße Erledigung der ihrem Dezernat bzw. ihnen zugewiesenen Aufgaben verantwortlich. ²Sie unterzeichnen - soweit die Zeichnung nicht vorbehalten ist - alle Vorgänge, die nach ihrer Bedeutung nicht der Unterschrift der Gerichts- bzw. Behördenleitung oder der ständigen Vertretung bedürfen. ³Hierzu gehören auch Berichte an das Justizministerium, denen weder grundsätzliche noch politische Bedeutung zukommt.

2.1.4

¹Soweit der Umfang eines von einer Richterin oder einem Richter geleiteten Dezernats es erfordert, kann dem Dezernat eine weitere Richterin oder ein weiterer Richter zur Unterstützung unter gleichzeitiger Regelung der Zeichnungsbefugnisse zugeteilt werden. ²Für weitere dem Dezernat zugewiesene besondere Aufgaben (z.B. Verfahrenspflegestellen) können weitere Richterinnen oder Richter unter gleichzeitiger Regelung der Zeichnungsbefugnis zugeteilt werden.

2.1.5

¹Die Präsidentin bzw. der Präsident des Oberlandesgerichts, des Landessozialgerichts und des Landesarbeitsgerichts kann den Dezernaten, die Generalstaatsanwältin bzw. der Generalstaatsanwalt kann der Verwaltungsabteilung Sachgebietsleiterinnen bzw. Sachgebietsleiter zuweisen. ²Im Übrigen setzen sie dort - soweit erforderlich - Sachbearbeiterinnen bzw. Sachbearbeiter und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

2.1.6

¹Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter sind Beamtinnen und Beamte des höheren oder gehobenen Dienstes oder Beschäftigte vergleichbarer Entgeltgruppen, die - bei den Gerichten innerhalb eines Dezernats - einen Aufgabenbereich von besonderer Bedeutung oder besonderem Umfang wahrzunehmen haben. ²Hierzu gehören auch übergreifende Leitungs- und Koordinierungsaufgaben.

³In den Personal- und Disziplinarangelegenheiten ist die Funktion der Sachgebietsleiterin bzw. des Sachgebietsleiters Beamtinnen bzw. Beamten des höheren oder gehobenen Dienstes zu übertragen.

⁴Im Rahmen ihres Aufgabenbereichs obliegt den Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleitern insbesondere die Bearbeitung von Grundsatzsachen und schwierigen Einzelsachen. ⁵Im Übrigen haben sie für die ordnungsgemäße Abwicklung aller Vorgänge aus ihrem Aufgabenbereich zu sorgen, soweit die Dezernentin oder der Dezernent die Bearbeitung nicht selbst übernommen hat. ⁶Sie bereiten die Vorgänge unterschriftsreif vor. ⁷Die Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter sind zu ermächtigen, laufende Geschäftsvorgänge von nicht grundsätzlicher

Bedeutung zu unterzeichnen. ⁸Die Ermächtigung ist schriftlich zu erteilen; ihr Umfang ist festzulegen. ⁹Die Befugnis der Dezernentin oder des Dezernenten, sich im Einzelfall die Zeichnung vorzubehalten, bleibt unberührt.

2.1.7

¹Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sind Beamtinnen und Beamte des gehobenen oder mittleren Justizdienstes oder Beschäftigte vergleichbarer Entgeltgruppen; ihnen ist ein sachlich abgegrenzter Aufgabenbereich zu übertragen. ²Sie sind zu ermächtigen, Vorgänge zu unterzeichnen, deren Zeichnung durch die Dezernentin oder den Dezernenten oder die Sachgebietsleiterin oder den Sachgebietsleiter nicht erforderlich ist. ³Für die Ermächtigung gilt Nr. 2.1.6 Satz 7 und 8 entsprechend. ⁴Im Übrigen sind die bearbeiteten Vorgänge der Sachgebietsleiterin oder dem Sachgebietsleiter oder - soweit nicht vorhanden - der Dezernentin oder dem Dezernenten vorzulegen. ⁵Die Dezernentin oder der Dezernent kann - im Einzelfall oder für bestimmte Aufgabengebiete - auch die unmittelbare Vorlage anordnen.

2.1.8

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die dem Dezernat oder der Verwaltungsabteilung für bestimmte Aufgaben zugeteilten Beamtinnen und Beamten des mittleren Justizdienstes oder Beschäftigte vergleichbarer Entgeltgruppen.

2.2

Gliederung

2.2.1

¹Die Dezernate sollen durch arabische Zahlen (Dezernat 1 usw.) bezeichnet werden. ²Ihre Zahl ist

a) bei den Oberlandesgerichten möglichst auf 9, höchstens jedoch auf 13 und

b) bei dem Landessozialgericht und den Landesarbeitsgerichten möglichst auf 4, höchstens jedoch auf 6

zu begrenzen. ³Das Dezernat Oberjustizkasse bei dem Oberlandesgericht Hamm bleibt hierbei unberücksichtigt.

⁴Die Zahl der insgesamt eingerichteten Sachgebiete ist auf das Doppelte der eingerichteten Dezernate, bei den Generalstaatsanwaltschaften auf das Doppelte der unter Ziffer 2.1.1 Satz 3 a) bis e) bezeichneten Aufgabenbereiche zu beschränken.

2.2.2

Für die der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Landessozialgerichts und des Landesarbeitsgerichts oder der ständigen Vertretung unmittelbar nachgeordneten Aufgaben (z.B. Gleichstellung, Presseangelegenheiten, Innenrevision, Datenschutz, Kostenprüfungen) kann von der Bildung eines Dezernats abgesehen werden, wenn weiteres Unterstützungspersonal nicht erforderlich ist oder dies aus anderen Gründen nicht geboten erscheint.

2.3

Aufgaben

2.3.1

Die Präsidentin bzw. der Präsident des Oberlandesgerichts, des Landessozialgerichts und des Landesarbeitsgerichts weist den Dezernaten, die Generalstaatsanwältin bzw. der Generalstaatsanwalt weist der Verwaltungsabteilung bzw. den Dezernentinnen und Dezernenten die zu erledigenden Verwaltungsaufgaben zu.

2.3.2

¹Die Gerichts- bzw. Behördenleitung bestellt die für Haushaltsangelegenheiten zuständige, in der Regel dem richterlichen bzw. staatsanwaltlichen Dienst angehörige Bedienstete bzw. den für Haushaltsangelegenheiten zuständigen, in der Regel dem richterlichen bzw. staatsanwaltlichen Dienst angehörigen Bediensteten oder eine bzw. einen ihrer/seiner Vorgesetzten zur/zum Beauftragten für den Haushalt. ²Die AV vom 7. Oktober 2005 (5100 - I. 18 - JMBl. NRW S. 255) in der jeweils gültigen Fassung bleibt im Übrigen unberührt.

2.3.3

¹Das für Angelegenheiten des Kostenwesens zuständige Dezernat stellt die Beamtin oder den Beamten für die Kostenprüfung beim Oberlandesgericht und bei der Generalstaatsanwaltschaft gemäß Abschnitt V der Kostenverfügung in Verbindung mit Nr. 7 der Geschäftsordnung für Bezirksrevisoren; für die Kostenprüfung bei der Generalstaatsanwaltschaft ist dieses Dezernat an die Weisung der Generalstaatsanwältin bzw. des Generalstaatsanwalts gebunden.

²Zu diesem Dezernat gehört außerdem die Kassenprüferin bzw. der Kassenprüfer in der Bewertung einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters. ³Sofern der Umfang der Kassenprüfungsgeschäfte es zulässt, können ihr bzw. ihm weitere Aufgaben übertragen werden.

2.3.4

¹Zur sachgerechten Erledigung von Verwaltungsgeschäften können einzelne Verwaltungsaufgaben oder bestimmte Aufgabengebiete einer Verwaltungsabteilung eines anderen Oberlandesgerichts bzw. einer anderen Mittelbehörde zugewiesen werden. ²Für die Bearbeitung der "externen" Geschäfte sind die Weisungen der originär zuständigen Stelle zu beachten.

³Vorgesehene Aufgabenzuweisungen an eine andere Verwaltungsabteilung sind dem Justizministerium vorab zu berichten.

2.3.5

Die Gerichts- bzw. Behördenleitung regelt die Vertretung der Dezernentinnen und Dezernenten, der Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter.

3

Bereichsspezifische Regelungen

3.1

Justizprüfungsamt

3.1.1

Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Justizprüfungsamtes führt die Aufsicht über den Geschäftsbereich des Justizprüfungsamtes.

3.1.2

Die Präsidentin bzw. der Präsident des Oberlandesgerichts teilt dem Justizprüfungsamt das zur Erledigung seiner Verwaltungsaufgaben erforderliche Personal zu.

3.1.3

Die Bestimmungen in Nr. 2.1.3 (Dezernentinnen/Dezernenten), Nr. 2.1.4 (weitere Richterinnen/Richter), Nr. 2.1.7 (Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter) und Nr. 2.1.8 (weitere Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter) gelten entsprechend.

3.2

Generalstaatsanwaltschaften

¹Die bzw. der Beauftragte für den Haushalt der Generalstaatsanwaltschaft kann im Einvernehmen mit der bzw. dem Beauftragten für den Haushalt des Oberlandesgerichts die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln auch anderen Bediensteten der Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts (als Titelverwalterinnen oder Titelverwalter) übertragen. ²Die Bediensteten werden in diesen Fällen als Titelverwalterinnen bzw. Titelverwalter der Generalstaatsanwaltschaft im Sinne der Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 9 Landeshaushaltsordnung tätig.

4

Schriftverkehr

¹Die in den Verwaltungsabteilungen zu fertigenden Schreiben ergehen vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 3 unter dem Kopf "Die Präsidentin des ... (Bezeichnung des Gerichts)" bzw. "Der Präsident des ... (Bezeichnung des Gerichts)" bzw. "Die Generalstaatsanwältin" bzw. "Der Generalstaatsanwalt" oder - soweit es sich um Angelegenheiten aus dem Geschäftsbereich einer anderen Behörde handelt - unter deren Kopf. ²Die Schreiben werden von den Dezernentinnen und Dezernenten, den Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleitern und den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im Rahmen ihrer Zeichnungsbefugnis mit dem Zusatz "Im Auftrag" vollzogen.

³Absatz 1 gilt für förmliche Kassenanordnungen entsprechend.

⁴Schreiben bei der Kostenprüfung ergehen unter dem Kopf "Die Kostenprüfungsbeamtin bzw. der Kostenprüfungsbeamte bei dem ... (Bezeichnung des Gerichts)"; sie werden von der bestellten Beamtin bzw. dem bestellten Beamten vollzogen.

⁵Der Schriftverkehr der Oberjustizkasse richtet sich nach den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften zu § 79 LHO.

⁶Die im Justizprüfungsamt zu fertigenden Schreiben ergehen unter dem Kopf "Die Vorsitzende des Justizprüfungsamtes bei dem Oberlandesgericht" bzw. "Der Vorsitzende des Justizprüfungsamtes bei dem Oberlandesgericht". ⁷Die Schreiben werden von den Dezernentinnen und Dezernenten und den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im Rahmen ihrer Zeichnungsbefugnis mit dem Zusatz "Im Auftrag" vollzogen.

5

Schlussbestimmungen

¹Diese AV tritt am 1. Juli 2012 in Kraft. ²Gleichzeitig treten die AV d. JM vom 9. Juni 1997 (1210 - I. 7) - JMBl. NW S. 157 - in der Fassung vom 3. August 2007 sowie die RV d. JM vom 23. April 2003 (1210 - I A. 3 - früher: RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 5.8.1974 - II I - S 1230/Arb 1230) außer Kraft.

Bekanntmachungen**Nr. 18. Übersicht über den Geschäftsanfall
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
im Jahr 2011**

Bekanntmachung des JM
vom 15. Juni 2012 (1441 E - I. 1/12) - JMBl. NRW S. 137 -
(Letzte Übersicht für das Jahr 2010 im JMBl. NRW 2011, S. 289 ff.)
- JMBl. NRW S. 144 -

	2009	2010	2011
<u>Teil I. Amtsgerichte</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</u>			
1. Mahnsachen	2.218.647	2.112.922	1.906.666
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	319.148	305.853	302.313
2. Erledigte Verfahren	318.072	312.065	307.365
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	141.893	135.725	130.690
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	318.072	312.062	307.368
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	49	55	60
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	315	327	263
3. Klageverfahren	287.704	288.612	286.646
4. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	14.781	10.441	10.554
5. Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen -small claims- vgl. §§ 1097 ff. ZPO (Erfassung seit 2010)	/	18	15
6. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	15.223	12.609	9.830
3. Verteilungsverfahren	58	53	54
4. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	17.643	17.449	15.893
5. Zwangsverwaltungen	6.690	6.052	5.402
6. Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungssachen	760.844	770.251	790.409
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Streitverfah- rens	6.172	5.558	5.550

II. Insolvenzverfahren

Eröffnete

1. Insolvenzverfahren	10.190	10.163	9.613
2. Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren	25.057	26.969	26.122
3. Insolvenzverfahren nach Europäischen Recht	52	30	35

B. Familiensachen

Die Darstellung der Geschäftsentwicklung in Familiensachen hat im Hinblick auf die Einführung des FamFG zum 1. September 2009 eine Umstrukturierung erfahren. Auf Grund dieser Veränderung und den damit einhergehenden Einschränkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten ist auf die Darstellung der Vorjahreswerte verzichtet worden.

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)		172.882	167.024
2. Erledigte Verfahren		168.960	173.504
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende		117.978	111.671
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)		168.961	173.504
davon waren			
1. Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 5 aufgeführt)		140.903	139.355
2. abgetrennte Folgesache(n)		5.339	6.328
3. einstweilige Anordnungen		22.407	27.562
4. Abhilfeverfahren		6	5
5. Lebenspartnerschaftssachen		306	254
c) Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrensgegenständen anhängig		235.962	239.864
davon betrafen			
1. Scheidung		54.220	52.516
2. andere Ehesache		225	258
3. Versorgungsausgleich		53.695	57.014
4. Unterhalt für das Kind		26.195	25.010
5. Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner		17.485	15.304
6. sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)		776	843
7. Ehemwohnung und/oder Haushalt		3.522	3.103
8. Güterrechtssache		4.243	4.117
9. elterliche Sorge		33.845	36.739
10. Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)		14.565	14.753
11. Kindesherausgabe		1.209	1.232
12. Unterbringung nach § 1631b BGB		2.726	2.846
13. Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG		177	184
14. sonstige Kindschaftssache		531	820
15. Abstammungssache		4.624	4.650
16. Adoptionssache		1.751	2.421
17. Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG		9.740	10.867
18. Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG		2.659	2.567

19.	Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG		260	234
20.	sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG		2.276	3.458
21.	weitere Familiensache		1.238	928
d)	Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter waren			
	- vereinfachte Unterhaltsverfahren		7.053	6.594
	- sonstige FH-Verfahren		689	496
e)	Vormundschaften und Pflegschaften (Am Jahresende blieben anhängig)			
	- Vormundschaften		12.133	14.204
	- Pflegschaften		8.596	8.406
<u>C. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>				
1.	Standesamtssachen	1.939	2.406	2.672
2.	Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	123	105	109
3.	Erledigungen von Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz			
a)	Berechtigungsschein erteilt auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtsuchenden	93.672	108.572	106.293
b)	Berechtigungsschein erteilt auf einen mit Hilfe einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts und/oder nachträglich gestellten Antrags	97.989	99.619	94.381
c)	Antrag auf Erteilung eines Berechtigungsscheines schriftlich zurückgewiesen	9.784	12.753	11.834
d)	Übermittlung oder Ablehnung eines Ersuchens gem. § 10 Abs. 3 BerGH	531	298	163
4.	Art der durch die Rechtsanwaltschaft gewährte Beratungshilfe			
a)	Beratung und Auskunft (Nr. 2501, 2502 VV RVG)	30.534	32.447	32.167
b)	Vertretung (Nr. 2503 - 2507 VV RVG)	110.307	119.330	119.087
c)	Mitwirkung an der Einigung oder Erledigung der Rechtssache (Nr. 2508 VV RVG)	10.081	12.500	12.978
5.	Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	19.555	10.151	4.506
6.	Grundbuchsachen eingereichte Urkunden betreffend			
a)	Begründung und Veränderung von Eigentum, Verände- rung der Berechtigung am Erbbaurecht (vor 2010: Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht)	326.383	302.560	319.172
b)	Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	792.497	733.739	763.741
c)	Begründung, Aufteilung und Veränderung von Woh- nungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten (vor 2010: Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum)	11.102	13.616	12.758
7.	Nachlass- und Teilungssachen			
a)	Testamentsachen (IV)	97.079	100.225	102.098
b)	Sonstige Nachlasssachen (VI)	100.829	115.086	116.618
8.	Am Jahresschluss blieben anhängig			
a)	Betreuungen	302.483	305.803	309.497

b)	Vormundschaften des Vormundschaftsgerichts (seit September 2009 fallen Neueingänge in die Zuständigkeit des Familiengerichts, vgl. II. e))	13.055	5.313	3.098
c)	Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts (seit September 2009 fallen Neueingänge in die Zuständigkeit des Familien- oder Betreuungsgerichts, vgl. II. e) und IV. 8 d))	14.008	5.891	4.132
d)	Pflegschaften des Betreuungsgerichts (seit September 2009)	-	1.337	1.226
	Gesamtzahl	329.546	318.344	317.953
9.	Verfahren auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung (bis September 2009 vormundschaftsgerichtl. Genehmigung)	57.719	57.562	58.428
10.	Andere betreuungsgerichtliche Angelegenheiten ohne Verfahren nach § 340 Nr. 1 FamFG (bis September 2009: "Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten")	6.974	2.303	1.353
11.	Betreuungen	85.816	90.629	87.978
12.	Registersachen			
a)	Eingetragene Vereine			
	Eintragungen	3.526	5.314	3.107
	Löschungen	2.210	2.493	1.767
	Bestand am Jahresende	112.243*	113.549	115.503
	*Verwerfungen durch Registerkonzentration im Jahr 2009			
b)	Güterrechtsregister			
	Eintragungen	317	253	241
	Löschungen	52	41	40
c)	Partnerschaftsregister			
	Eintragungen	176	199	160
	Löschungen	59	66	58
	Bestand am Jahresende	1.621	1.754	1.856
d)	Eintragungen ins Handelsregister A Einzelkaufmänner/Einzelkauffrauen			
	Eintragungen	1.728	1.960	1.572
	Löschungen	2.134	2.387	2.275
	Bestand am Jahresende	36.939	36.359	35.660
e)	Offene Handelsgesellschaften			
	Eintragungen	359	435	384
	Löschungen	385	509	507
	Bestand am Jahresende	5.700	5.624	5.504
f)	Kommanditgesellschaften			
	Eintragungen	3.965	4.039	3.816
	Löschungen	3.118	3.332	3.302
	Bestand am Jahresende	54.958	55.664	56.189
g)	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung			
	Eintragungen	3	2	9
	Löschungen	2	4	4
	Bestand am Jahresende	41	38	43
h)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRA			
	Eintragungen	1	6	4
	Löschungen	2	4	2
	Bestand am Jahresende	24	25	27
i)	HRA Juristische Personen			
	Eintragungen	3	15	11
	Löschungen	5	24	11
	Bestand am Jahresende	199	190	191

	Eintragungen ins Handelsregister B			
k)	Aktiengesellschaften			
	Eintragungen	211	199	190
	Löschungen	270	252	264
	Bestand am Jahresende	3.375	3.083	3.010
l)	Kommanditgesellschaften auf Aktien			
	Eintragungen	4	8	5
	Löschungen	2	4	2
	Bestand am Jahresende	43	47	50
m)	Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	Eintragungen	20.313	19.755	19.298
	Löschungen	12.256	13.048	13.867
	Bestand am Jahresende	227.366	231.899	237.349
n)	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit			
	Eintragungen	-	2	-
	Löschungen	-	-	-
	Bestand am Jahresende	23	24	24
o)	Europäische Aktiengesellschaften (SE)			
	Eintragungen	11	11	10
	Löschungen	4	1	2
	Bestand am Jahresende	22	31	40
p)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRB			
	Eintragungen	632	392	289
	Löschungen	786	1.053	855
	Bestand am Jahresende	4.324	3.593	3.043
r)	Eingetragene Genossenschaften			
	Eintragungen	52	47	44
	Löschungen	33	29	25
	Bestand am Jahresende	896	911	931
s)	Musterregister			
	Löschungen	291	4	3
t)	Seeschiffe			
	Eintragungen	21	23	22
	Löschungen	28	16	16
	Bestand am Jahresende	743	750	756
u)	Binnenschiffe			
	Eintragungen	82	45	29
	Löschungen	35	46	42
	Bestand am Jahresende	1.739	1.736	1.723
13.	Kirchenaustritte	58.139	68.252	57.358
14.	Unterbringungssachen			
a)	auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung darunter Verfahren über Abschiebehaft gem. § 62	3.406	3.557	2.952
b)	AufenthG sowie über Haft nach § 15 Abs. 5 und § 57 Abs. 3 AufenthG	2.652	2.450	2.161
15.	Landwirtschaftssachen	4.197	4.136	3.659
<u>D. Hinterlegungssachen</u>				
Zahl der anhängig gewordenen Sachen		11.733	11.501	11.024

E. Strafsachen und Bußgeldverfahren**I. Strafsachen**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	207.183	202.235	210.187
2. Erledigte Verfahren	214.707	206.738	209.890
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	67.228	62.725	63.022
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	214.707	206.738	209.890
darunter waren			
1. Anklagen	178.755	169.374	173.392
2. Beschleunigte Verfahren	1.103	1.773	2.017
3. Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1.585	1.969	1.732
4. Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3 StPO	1.860	2.097	2.445
5. Einsprüche gegen von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafbefehle	30.737	30.551	29.190
6. Privatklageverfahren	100	111	103
7. Objektive Verfahren	110	156	184
8. Nachverfahren nach § 439 StPO	9	7	13
9. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	9	15	10
10. Sicherungsverfahren	3	6	8
c) Urteile	91.307	86.479	86.279
d) Hauptverhandlungen	169.057	164.971	164.180

II. Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	89.222	88.594	86.762
2. Erledigte Verfahren	88.630	91.045	87.817
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	25.151	22.700	21.644
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	88.629	91.045	87.817
darunter waren			
Einspruch gegen Bußgeldbescheid	88.587	91.010	87.779
c) Urteile	24.276	25.819	24.879
d) Verfahren mit Hauptverhandlung	46.020	48.045	46.709
e) Erzwingungshafentanträge	117.880	112.477	110.552

F. Rechtshilfesachen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

1. Ersuchen an das Amtsgericht	50.202	39.110	38.701
davon Zuständigkeit			
a) des Richters	17.427	17.318	17.025
b) des Rechtspflegers	32.775	21.792	21.676

2. Ersuchen an die Geschäftsstelle	64.812	62.725	62.770
<u>Teil II. Landgerichte</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in 1. Instanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	86.206	97.039	92.894
2. Erledigte Verfahren	83.582	96.702	94.127
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	68.717	68.856	67.621
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	83.582	96.702	94.127
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	2	10	2
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	403	332	242
3. Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG) (seit 2010)	/	51	89
4. Klageverfahren	75.361	77.177	76.172
5. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	5.676	5.449	5.783
6. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	2.140	13.683	11.839
<u>II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	15.364	15.137	15.140
2. Erledigte Verfahren	15.384	15.070	15.416
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	7.945	8.010	7.726
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	15.384	15.070	15.416
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO	10	19	-
2. Berufungen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	1	1	1
3. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	42	19	15
4. Berufungsverfahren	15.184	15.001	15.376
5. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	147	30	24
<u>III. Beschwerden</u>			
Eingänge insgesamt	34.435	38.649	32.272
davon waren			
1. Beschwerden in WEG-Sachen (bis 2010)	381	/	/

2. Nachlassbeschwerden (bis 2010)	475	/	/
3. Betreuungsbeschwerden	2.872	2.608	2.500
4. Beschwerden in Insolvenzsachen	940	1.175	926
5. Beschwerden in Kostensachen	1.153	1.255	1.043
6. Beschwerden in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsrechtlichen Zuweisungssachen (seit 2010)	/	1.580	1.501
7. Sonstige Beschwerden in FGG-Sachen	18.043	/	/
8. Sonstige Beschwerden (bis 2010: ohne FGG-Sachen)	10.571	32.031	26.302

B. Strafsachen**I. Strafsachen in 1. Instanz**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.745	3.580	3.733
2. Erledigte Verfahren	3.648	3.521	3.543
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.659	1.696	1.886
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.648	3.521	3.543
darunter waren			
1. Anklagen	3.185	3.100	3.094
2. Objektive Verfahren	-	-	2
3. Nachverfahren nach § 439 StPO	3	1	1
4. Sicherungsverfahren	70	64	91
5. Vorlagen/Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	244	224	197
6. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	6	7	7
c) Urteile	2.404	2.387	2.346
d) Hauptverhandlungen	2.709	2.681	2.702

II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	11.840	11.890	11.848
2. Erledigte Verfahren	11.905	11.464	12.087
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.225	4.651	4.412
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	11.905	11.464	12.087
darunter waren			
1. Offizialverfahren	9.671	11.359	11.956
2. Privatklageverfahren	1	1	-
c) Urteile	5.555	5.263	5.812
d) Hauptverhandlungen	9.733	9.367	9.928

III. Beschwerden

Eingänge	10.368	10.000	9.350
----------	--------	--------	-------

IV. Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer

Verfahren nach §§ 462 a, 463 StPO vor der

1. großen	2.046	2.223	2.318
2. kleinen	23.933	23.119	23.402
Strafvollstreckungskammer			

Teil III. Staatsanwaltschaften**A. Ermittlungsverfahren**

a) Geschäftsentwicklung (Js-Sachen)			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.089.000	1.068.239	1.109.813
2. Erledigte Verfahren	1.089.401	1.070.821	1.108.635
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	130.869	127.872	128.881
davon			
aa) staatsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	572.563	551.936	561.134
2. Erledigte Verfahren	572.928	553.850	560.782
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	78.728	76.536	76.764
bb) amtsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	516.437	516.303	548.679
2. Erledigte Verfahren	516.473	516.971	547.853
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	52.141	51.336	52.117
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	1.089.401	1.070.821	1.108.635
davon wurden beendet durch			
1. Anklage vor dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	2.399	2.324	2.447
2. Anklage vor dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	19.448	19.058	19.131
3. Anklage vor dem Strafrichter, dem Jugendrichter	129.171	124.054	131.020
4. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	107.052	104.701	109.193
5. Einstellung oder Zurückweisung	650.787	643.479	656.591
6. Entscheidung im beschleunigtem Verfahren	1.516	1.930	2.013
7. Vereinfachtes Jugendverfahren	2.254	2.119	1.728
8. Andere Art der Erledigung	176.774	173.156	186.512
c) Verfahren wegen Straftaten im Straßenverkehr	170.633	165.618	174.664
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1.303.548	1.276.025	1.313.679
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	173.731	167.319	173.825
2. gegen die Strafbefehl beantragt wurde	108.969	106.510	110.791
3. bezüglich derer sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	1.020.848	1.002.196	1.029.063
e) Die erledigten Verfahren betrafen			
1. 1 Person	943.868	930.391	969.437
2. 2 Personen	108.323	104.457	104.123
3. 3 Personen	22.800	21.979	21.604
4. 4 bis 10 Personen	13.855	13.499	12.672

5. 11 und mehr Personen	431	338	626
f) Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs-Sachen)	841.749	851.747	899.276
g) Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	89.397	88.211	85.652
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>			
a) Gnadensachen	3.918	3.922	3.710
b) Entschädigungssachen nach dem StrEG	753	618	575
c) Zivilsachen	16	11	17
d) Rechtshilfesachen	10.289	10.985	11.038
e) Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	271.483	263.303	265.918
<u>Teil IV. Oberlandesgericht</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Berufungen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	12.906	12.757	12.636
2. Erledigte Verfahren	12.308	12.481	12.665
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	8.512	8.787	8.757
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	12.308	12.481	12.664
davon waren			
1. Berufungen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	7	6	5
2. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	218	222	173
3. Berufungsverfahren	12.053	12.243	12.481
4. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	29	10	5
<u>II. Beschwerden</u>			
Eingänge	7.607	7.351	7.609
davon waren			
1. Beschwerden in Landwirtschaftssachen	40	37	43
2. Verfahren nach § 23 EGGVG	30	13	40
3. Nachlassbeschwerden (seit 2010)	-	154	348
4. Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO (Seit 2010: ohne Nachlassbeschwerden; mit Beschwerden nach dem SpruchG)	1.039	797	617
5. Sonstige Beschwerden	6.498	6.350	6.561
	-	-	-

B. Familiensachen

Die Darstellung der Geschäftsentwicklung in Familiensachen hat im Hinblick auf die Einführung des FamFG zum 1. September 2009 eine Umstrukturierung erfahren. Auf Grund dieser Veränderung und den damit einhergehenden Einschränkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten ist auf die Darstellung der Vorjahreswerte verzichtet worden.

I. Beschwerden gegen Endentscheidungen

a) Geschäftsentwicklung		
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	6.354	7.675
2. Erledigte Verfahren	6.135	7.375
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.862	3.161
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	6.135	7.375
davon waren		
1. Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 4 aufgeführt)	6.132	6.745
2. Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren (seit 2011 - s. II. 2.)	/	621
3. Abhilfeverfahren	-	9
4. Lebenspartnerschaftssachen	3	-
c) Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrens- gegenständen anhängig	6.370	7.604
davon betrafen		
1. Scheidung	163	225
2. andere Ehesachen	9	7
3. Versorgungsausgleich	1.018	1.371
4. Unterhalt für das Kind	1.233	1.359
5. Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	1.751	1.453
6. sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	99	69
7. Ehwohnung und/oder Haushalt	91	133
8. Güterrechtssache	248	297
9. elterliche Sorge	959	1.425
10. Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	356	377
11. Kindesherausgabe	74	123
12. Unterbringung nach § 1631b BGB	13	46
13. Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	-	3
14. sonstige Kindschaftssache	36	43
15. Abstammungssache	61	87
16. Adoptionsache	6	33
17. Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	32	179
18. Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	13	34
19. Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	1	-
20. sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	58	216
21. weitere Familiensache	149	124
d) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	65	94

II. Sonstige Beschwerden

Eingänge

1. Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	3.513	5.672	5.747
2. Einstweilige Anordnung über (II. 2 nur bis 2010 - s. I. b) 2.)			
aa) elterl. Sorge	187	374	/
bb) Herausgabe eines Kindes	21	47	/
cc) Ehwohnung	21	66	/
dd) Verbleibensanordnung (seit 2010)	-	11	/
ee) Gewaltschutz (seit 2010)	-	165	/
3. Aussetzung des Scheidungsverfahrens	-	4	1
4. Wert des Verfahrensgegenstandes	244	456	481
5. Kostenangelegenheit	402	676	612
6. sonstige Angelegenheit	747	1.103	1.232

C. Strafsachen und Bußgeldverfahren**I. Strafsachen in 1. Instanz**

Eingänge (Geschäftsanfall)	3	7	4
----------------------------	---	---	---

II. Revisionen und Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.161	3.599	3.634
2. Erledigte Verfahren	3.143	3.526	3.651
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	283	290	263
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.143	3.526	3.651
davon waren			
1. Officialverfahren	1.305	1.243	1.301
2. Privatklageverfahren	5	-	-
3. Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	743	903	924
4. Zulassungsanträge	1.090	1.380	1.426
c) Urteile (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	40	34	25
d) Hauptverhandlungen (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	41	37	25

Teil V. Generalstaatsanwaltschaften**A. Ermittlungsverfahren OJs**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	-	1	11
2. Erledigte Verfahren	-	1	1
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	-	-	10
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	-	1	1

davon wurden erledigt			
1. durch Anklage vor dem Oberlandesgericht	-	-	-
2. durch Einstellung oder Zurückweisung	-	1	-
3. auf sonstige Weise	-	-	1
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	-	1	2
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	-	-	-
2. bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	-	1	2
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>			
a) Revisionen	1.372	1.335	1.371
b) Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	727	880	868
c) Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	3.954	4.014	3.893
d) Beschwerden gegen Bescheide von Staats- / Anwälten	9.524	9.448	9.257
e) Haftprüfungsverfahren	373	248	235
f) Aus- und Durchlieferungsverfahren	968	784	847
g) Gnadensachen	4	7	3
h) Entschädigungssachen nach dem StrEG	512	497	512
<u>Teil VI. Verwaltungsgerichte</u>			
<u>A. Hauptverfahren</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	36.552	36.859	34.066
2. Erledigte Verfahren	35.547	35.834	36.229
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	28.137	29.156	26.990
<u>B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			
a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.419	3.490	2.173
2. Erledigte Verfahren	3.522	3.651	2.702
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.548	1.387	858
b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	8.076	8.783	8.112
2. Erledigte Verfahren	8.106	8.614	8.297
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.101	1.270	1.084
<u>C. Sonstige Verfahren</u>			
1. Vollstreckungsverfahren	529	482	366
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	223	266	260

Teil VII. Oberverwaltungsgericht**A. Erstinstanzliche Hauptverfahren**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	159	125	118
2. Erledigte Verfahren	161	137	143
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	196	184	159

B. Berufungen**Berufungen mit Anträgen auf Zulassung,
Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in
Personalvertretungssachen und Beschwerden in
Disziplinarverfahren**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.511	3.272	3.606
2. Erledigte Verfahren	3.785	3.720	3.800
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.342	2.894	2.700

**C. Verfahren zur Gewährung von
vorläufigem Rechtsschutz**

Geschäftsentwicklung

a) der Numerus-clausus-Sachen

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	430	371	101
2. Erledigte Verfahren	430	362	103
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4	13	11

b) der sonstigen Verfahren

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.853	1.747	1.574
2. Erledigte Verfahren	1.897	1.773	1.690
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	382	356	240

D. Sonstige Verfahren

1. Sonstige Beschwerden	1.741	1.591	1.425
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	38	62	17

Teil VIII. Finanzgerichte**A. Klagen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	11.944	12.177	11.623
2. Erledigte Verfahren	12.770	12.491	12.303
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	15.508	15.192	14.512

**B. Verfahren zur Gewährung von
vorläufigem Rechtsschutz**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.105	2.008	1.998
-------------------------------	-------	-------	-------

2. Erledigte Verfahren	2.089	2.042	2.020
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	425	391	368

Teil IX. Sozialgerichte**A. Klagen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	78.429	82.807	79.047
2. Erledigte Verfahren	74.528	78.335	80.418
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	83.811	88.241	86.798

B. Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	8.721	8.353	7.702
2. Erledigte Verfahren	8.688	8.477	7.687
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	855	723	737

Teil X. Landessozialgericht**A. Berufungen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	4.341	4.168	4.084
2. Erledigte Verfahren	5.224	4.008	3.896
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.225	4.378	4.552

B. Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	29	19	20
2. Erledigte Verfahren	24	24	20
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	8	3	2

C. sonstige Beschwerden

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.827	2.938	3.028
2. Erledigte Verfahren	2.586	2.852	2.899
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	834	916	1.036

Teil XI. Arbeitsgerichte**A. Klagen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	116.022	97.837	93.464
2. Erledigte Verfahren	111.038	105.645	95.414
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	36.148	28.264	26.229

B. Beschlussverfahren

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.758	2.625	2.536
2. Erledigte Verfahren	2.633	2.638	2.647
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	931	915	804

Teil XII. Landesarbeitsgerichte

A. Berufungen

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	4.296	5.193	4.444
2. Erledigte Verfahren	4.305	4.661	4.683
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.127	2.658	2.415

B. Beschwerdeverfahren in Beschusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	338	342	333
2. Erledigte Verfahren	582	328	345
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	120	133	123

C. Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.066	1.903	1.750
2. Erledigte Verfahren	2.117	1.964	1.816
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	402	358	346

Nr. 19. Bekanntmachung der Hauptschwerbehindertenvertretungen

**Bekanntmachung d. JM vom 19. Juni 2012
(7621 – Z. 14)**

- JMBl. NRW S. 159 -

Die Hauptschwerbehindertenvertretung bei dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen - Geschäftsbereich Justizvollzug - setzt sich nach dem Ausscheiden des bisherigen 1. Stellvertreters der Hauptvertrauensperson, Herrn Sozialoberamtsrat Ulrich Peters, Justizvollzugsanstalt Werl, mit Ablauf des 30. April 2012, wie folgt zusammen:

Hauptvertrauensperson:

Justizvollzugsobersinspektor Wolfgang Römer,
Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel

1. Stellvertreter:

Justizvollzugsamtsinspektor Walter Holterbosch,
Justizvollzugsanstalt Düsseldorf

2. Stellvertreter:
Justizvollzugsamtsinspektor Rainer Fregonese,
Justizvollzugsanstalt Bochum

Personalnachrichten

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter am LG:** Richter Dr. Andreas Schmidtke in Wuppertal; z. **Richter/in am AG:** Richter/in Dr. René Dechant in Duisburg-Hamborn, Richter Henning Schäfer in Oberhausen, Richter Alexander Vorrath in Wesel, Dr. Carola Iwand in Solingen.

Ruhestand:

Richter am AG Prof. Dr. Walter Röchling in Mönchengladbach-Rheydt; Richter am LG Joachim Franke in Wuppertal.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in: Dr. Sebastian Becker, Jana Henrich, Eva Meiers, Sebastian Strunk.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Oberstaatsanwältin/-anwalt:** Staatsanwältin/Staatsanwalt Thorsten Sänger aus Kleve in Wuppertal u. Kirsten Böing in Wuppertal; z. **Staatsanwältin als Gruppenleiterin** - BesGr. R 1 m. AZ -: Staatsanwältin Petra Szczeponik in Düsseldorf.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Zulassungen:

Martina Merkes in Dormagen, Bianca Araujo u. Dr. Ingo Risch in Duisburg, Anton Appel, Dr. Jan Bärenfänger, M.Jur. Kirsten Baubkus, Dr. Ingo Bott, Frederic Büttner, Kim Domke, Dr. Clemens Eggert, Simone Augusto Funghini, Artur Gebert, Nadja Irmgard Goretzki, Dr. Christine Karin Heeg, Jürgen Herres, Dr. Julika Himmel, Sebastian Mathias Hinzen, LL.M., Johannes Kindler, Sören Kläner, Matthias Klemisch, Dr. Rainer Kluge, Christoph Kohn, Franziska Korn, Kirsten Krogoll, Michael Kühn, Nils Lavista-Wiesch, LL.M., Dr. Patrick Lieske, Jörg Ulrich Looman, Alexander Losigkeit, Dr. Angela Metzmacher, Carolin Meyer-Schwickerath, Christoph Richter, Aglaia Rohrwasser, Robert Rostek, LL.M., Tobias Rudolf, Christian Schmidt, Dustin Schwerdtfeger, Stefanie Thelen, Dr. Marcus Tusch, Dr. Sebastian Weller, Dr. Christiane Wiegand, Friederike von Winterfeld u. Ulrich Zimmermann in Düsseldorf, Dr. Heinz-Jörg Engels in Kalkar, Britta Lüdicke in Meerbusch, Dr. Miriam Firmenich, MLE in Mönchengladbach, Xenia Ernst in Mülheim an der Ruhr, Ingo Lang in Neuss, Adna Hadziresic u. Niklas Mantell in Oberhausen, Dr. Wolf Harlfinger in Remscheid, Christian Pentzek in Solingen,

Sigmar Peters in Wesel, Jörg Cornely in Willich, Malte Pehl, Christine Thede u. Tim Windgasen in Wuppertal.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am AG - als die ständ. Vertr. e. Dir./in** -: Richterin am AG Claudia Kruse in Lippstadt; z. **Justizamtsrat**: Justizamtmann Stefan Wild in Paderborn; z. **Sozialoberinspektor**: Sozialinspektor Ulrich Möhl in Paderborn.

Ruhestand:

Direktor des Amtsgerichts - BesGr. R2 AZ - Dr. Hans-Georg Lagemann in Ahaus, Richter am AG - als weiterer Aufsicht führender Richter - Günther Kley in Paderborn, Richter am LG Joachim Nölleke in Arnsberg, Richter am AG Hans-Ulrich Reiners in Unna, Obergerichtsvollzieher - BesGr. A 9 m. AZ. - Gerd Riedel in Arnsberg und Herbert Hintze in Iserlohn.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/ in Martin Bichmann, Thomas Kliegel, Simon Melcher, Dr. Julia Niesten-Dietrich, Jennifer Sachs und Torsten Wolbring.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Staatsanwalt als Gruppenleiter** -BesGr. R 1 m. AZ-: Staatsanwalt Dirk Stickeln in Dortmund; z. **Staatsanwältin/-anwalt**: Staatsanwältin/-anwalt (Richter/in auf Probe) Barbara Unger in Bielefeld, Sonja Lißek in Detmold u. Bastian Wurm in Essen.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Aufnahmen aus anderen Kammerbezirken:

Ann-Carolin Althaus in Essen, Judith Asiama LL.M. in Essen, Robin Berkey in Siegen, Anna Brandt in Paderborn, Sarah Buschert in Gelsenkirchen, Florian El-Munayyes in Bielefeld, Nils Flaßhoff in Bielefeld, Dr. Michael Fortmann LL.M. in Detmold, Wolf-Peter Haarmann in Münster, Elisabeth Höller (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Daniel Holl in Dortmund, Stephan Hüllmann in Paderborn, Benjamin Kura in Gelsenkirchen, Juliane Martin (bisher RAK Berlin) in Bad Oeynhaus, Lars Menges in Bochum, Melanie Minnerop in Bochum, Nathalie Molicki in Essen, Bastian Reuter in Bielefeld, Martin Schick (bisher RAK Düsseldorf) in Münster, Anna Schledewitz in Dortmund, Anja Schwermer LL.M. in Dortmund, Simone Schwörer in Essen, Julia Steil (bisher RAK Düsseldorf) in Dortmund, Stefanie Tack in Iserlohn, Claudia Theisen in Bielefeld, Didem Yenisoy (bisher RAK Düsseldorf) in Dortmund, Sebastian Zöllner in Preußisch Oldendorf.

Löschungen als Rechtsanwalt:

Dr. Eberhard Titze in Hagen, Dieter Röllecke in Bielefeld, Walter Klüsener in Datteln, Johannes Münstermann in Gelsenkirchen, Maria Schrape in Paderborn, Hilal Issever in Dortmund, Reinhard Wilhelm in Ense.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Julia Hauer in Bocholt, Michael Hoffmann in Münster, Markus Rüpke in Essen, Beate Wiemann in Bochum, Fabienne Fuchslocher in Essen, Matthias Hammacher in Essen, Simona Markert in Essen, Matthias Frank in Dortmund, Katharina Schölzel in Gevelsberg, Thomas Thiel in Arnsberg, Dr. Kai M. Simon in Bielefeld, Robert Heinemann in Essen, Anja Schmitz in Essen.

Bestellt zur Anweltsnotarin/zum Anweltsnotar:

Rechtsanwalt Dr. Jan Heitmeyer in Coesfeld.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Eckart Crämer in Dortmund und Arnulf Schmidt in Münster.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am LG**: Richterin Theodora Barmbas in Bonn.

Ruhestand:

Richter am AG Hans-Jürgen Krahn in Königswinter.

Staatsanwaltschaften:

Ernannt:

z. **Staatsanwalt**: Staatsanwalt (Richter auf Probe) Christoph-Severin Haase in Köln, z. **Justizobersekretär/in**: Justizsekretär/in Hansjörg Bohk, Melanie Desmet und Irene Enne in Aachen.

Versetzt:

Oberstaatsanwalt Dr. Alexander Prinz v. d. GStA nach Köln.

Ruhestand:

Erster Justizhauptwachtmeister - BesGr. A 6 - Peter Ludwig in Bonn.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Regierungsamtsrätin**: Manuela Benz in Wuppertal-Vohwinkel; z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in**: Justizvollzugshauptsekretär Ronald Arendt, Detlef Lange, Andreas Lorenscheit und Rüdiger Meier in Bochum, Svend Stobbe in Remscheid; z. **Justizvollzugshauptsekretär/in**: Justizvollzugsoberssekretär/in Edwin Evers, Michael Groth, Marco Pütz, Daniel Witthuhn, Daniela Altenwerth und Nina Schnurpfeil in Bochum, Marco Wirth in Remscheid.

Ruhestand:

Sozialoberamtsrat Wilhelm Kroh in Heinsberg, Justizvollzugsamtsinspektor Peter Frings in Aachen, Karl-Heinz Wamser und Wilfried Mink in Wuppertal-Vohwinkel.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

1	Präsident/in d. LG (R 6) in Bochum
1	Präsident/in d. LG (R 5) in Dortmund
1	Präsident/in d. LG (R 4) in Arnsberg
1 o. mehrere	Richter/in am OLG (R 2) in Düsseldorf
1	Vors. Richter/in am LG (R 2) in Düsseldorf
1	Direktor/in d. AG (R 2) Wipperfürth
1	Richter/in am AG - als d. ständ. Vertr. e. Dir.- (R 2) b. d. AG Leverkusen
1	Richter/in am AG -als. weit. Aufs. führ. Ri.- (R 2) b. d. AG Hagen
1	Oberstaatsanwalt/-anwältin (R 2) b. d. StA in Arnsberg
1	Oberstaatsanwalt/-anwältin (R 2) b. d. GStA in Hamm
mehrere	Richter/in am LG in Düsseldorf
je 1 o. mehrere	Richter/in am LG in Duisburg und Kleve
1	Richter/in am LG in Wuppertal

je mehrere	Richter/in am AG in Düsseldorf, Langenfeld, Duisburg-Ruhrort, Dinslaken und Viersen
je 1	Richter/in am AG in Neuss, Ratingen, Duisburg, Oberhausen, Geldern, Kleve, Rheinberg, Mönchengladbach, Mönchengladbach-Rheydt, Wuppertal, Mettmann und Velbert
je 1	Richter/in am AG Aachen, Bergheim u. Brühl
mehrere	Richter/in am AG in Köln
1	Richter/in am AG Bottrop
1	Richter/in am AG in Herford
1	Richter/in am AG in Bünde
1	Richter/in am ArbG in Bielefeld
1	Richter/in am ArbG in Dortmund
1	Richter/in am ArbG in Gelsenkirchen
1	Richter/in am ArbG in Iserlohn
1	Richter/in am ArbG in Münster
1	Richter/in am ArbG b. d. ArbG Mönchengladbach.
1	Sozialamtmann/-amtfrau b. d. JVA Remscheid - das Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Remscheid angefordert werden -
1	Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Leiter/in des allgemeinen Vollzugsdienstes b. d. JVA Hamm - - das Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Hamm angefordert werden -
1	Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Leiter/in des allgemeinen Vollzugsdienstes - b. d. JAA Lünen
1	Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Bereichsleiter/in Sicherheitszentrale, Außenpforte, Ambulanz- und Sicherungsaufgaben - b. d. JVK NRW - das Anforderungsprofil kann bei dem Leiter des JVK NRW angefordert werden -
1	Justizvollzugsamtsinspektor/in b. d. JVK NRW
1	Justizamtsinspektor/in - Beamter/in, der/die überwiegend Sachbearbeiteraufgaben nach Abschnitt I b der RV des JM NRW vom 3.7.1996 - 2325 - I B. 24 - wahrnimmt - b. e. StA im GStA-Bez. Düsseldorf
1	Justizvollzugsamtsinspektor/in b. d. JAA Lünen

1	Regierungsamtsinspektor/in b. d. SG Münster
mehrere	Justizhauptsekretär/in b. e. StA im GStA-Bez. Düsseldorf
1	Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Moers-Kapellen
1	Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JAA Lünen
mehrere	Justizobersekretär/in b. e. StA im GStA-Bez. Düsseldorf

Hauptamtliche Lehrkraft (allgemeiner Vollzugsdienst) bei der Justizvollzugsschule NW in Wuppertal

Bei der Justizvollzugsschule NW –Josef-Neuberger-Haus- in Wuppertal ist im Wege der Abordnung die Funktion einer hauptamtlichen Lehrkraft (allgemeiner Vollzugsdienst) zu besetzen. Das Anforderungsprofil nebst Stellenbeschreibung kann b. d. Leiter d. Justizvollzugsschule angefordert werden.

Rücknahme:

Die im Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen Nr. 9 vom 1. Mai 2011 erfolgte Stellenausschreibung „Sozialamtmann/-frau - Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes - b. d. LG Arnsberg“ wird hiermit zurückgenommen.